

le ist auch durch
ge Industrie an
uherdem an der
Orient durch die
in und Holland
seitigen Orients
Ausdruck von
haben dürfte
zu werden."

en Arbeitssmi
len gemeldet:
r Metallarbeiter,
miede, 2 ältere
Handwerker, 1
offizier, 2 tüchtige
an, 1 Mechaniker,
er an elektrische
für Schiffbau,
effere Möbel, 2
Bismarck, 2
feher, 2 Gatter-
Damen Schneider,
2 Buchbinder, 2
ner, 3 Kramen-
arbeiter, 50 Geb-
nussbare Hilfs-
männer, 3 Köd-
3 Köchinnen,

r gemeinschafts-
andors in der
9 Uhr Gekungst.

tenaufschule ist
elt die Freileg-
Leider nicht

so viel sie will.
der Erkrankung
e, Frankfurter
es Wohnortes,
ist.

weit erstlich,
U. R. nicht
— trotz Ein-
der neuen,

ben

d.

ndes aus den
sontum Oeffen
Tarifver-
Berlin geführt
legierten aus
Bezirksleiter
ge behandelt
er besterhöb-
r, beteiligten
lebende Refo-

des für die
hsherrzogtum
im Pöbneren
11. und 12.
stbeträge im
er bedingten
der Arbeit-
die wirtschaft-
Zeit fin-
besonders
Die Eigen-
Arbeitsplätzen
ters von sei-
enorm, daß
Viele Tati-
des bekannt.
ebensgetrohn-
80 bis 100
und Lebens-
Arbeits-
waren bereit,
nchlichen Teil-
en, aber die
smittel geht
in anerkann-
sowie jeder
er Weise bei
des Arbeit-
in den er-
Wider-
adung des
nehmen, ist
aufreißt und
reichen, sind
ndestens 30
in und ihren
er im vollen
ne, die ent-
ndungen, die
e Bettungs-
antworten
en zur Ver-

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erfreut an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6spalt. Beilage kostet 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Wehrstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 51 Mittwoch den 1. März 1916 27. Jahrgang

Freispruch der Schweizer Obersten.

Ueber 1100 Tote beim Untergang eines französischen Hilfskreuzers.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

Büch, 29. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die
Obersten Galt und v. Wattenwohl sind
freigesprochen worden. Sie werden ihren
Vorgesetzten zur disziplinarischen Bestrafung
überwiesen. Die Kosten des Prozesses trägt
der Staat.

Gleich der Bericht von der Eröffnungsphase des Pro-
zesses ließ einen verwundert fragen, wie es denn möglich war,
daß um verhältnismäßig geringfügiger Dinge willen in zwei
Weltteilen ein Lärm gemacht wurde, als sei das Kapitol und
noch etwas mehr in Frage. Beileibe wollen wir nicht tadeln,
wenn man in der Schweiz nachsah, die Neutralität hütet; daß
ist sogar jedes erfindlichen Schweizer Bild. Aber so mancher
Protestler — die Protestversammlungen sagten sich ja nur so;
die welsche Schweiz drohte wie ein Krater! — wird sich jetzt
fragen, es wäre besser gewesen, man hätte zuvor die Ergebnisse
der gerichtlichen Untersuchung abgewartet. Die ganze Affäre,
der mit aller Gewalt der Anstich eines Dokuments gegeben
werden sollte, hat sich schließlich herausgestellt als eine Ord-
nungsmaßnahme etwa von der Art, wie sie der Neutnants-
burich begehrt, der seiner Schönen als schneidiger Kavaller
erscheinen möchte und zu dem Zweck sich mit der Mütze, Mantel
und Sporen des Herrn Neutnants herausgibt. Den Bericht
von den Verhandlungen des ersten Tages haben wir bereits
gebracht; hier das Hauptstück vom zweiten Tag:

Oberst v. Wattenwohl, Chef der Nachrichtenabteilung, sagte
als zweiter Angeklagter aus; doch er mit den Akten nur wenig
außerordentlichen Belege gehabt habe. Im Laufe des letzten
Herbstes sei ihm in Abwesenheit des Obersten Galt bekannt ge-
worden, daß die Akten der Rittmeisterin Buletins erhalten, was
ihm nicht besonders aufgefallen sei, da er sich gleich gedacht habe,
daß es sich um Kompensationshandeln handle. Der Angeklagte gab zu,
daß vom internen militärischen Standpunkte aus die Hebermitte-
lung von Buletins an nicht bezugsberechtigte dritte Personen un-
zulässig sei. Auf Grund eines Dokuments sei angenommen, daß
ein Attaké der anderen Rittmeisterin ebenfalls Einhalt
in die Buletins gehabt hat. Wichtige und geheime Nachrichten
wurden in den Buletins nicht aufgenommen. Der Angeklagte
machte sich keine Bedenken über die Frage der Neutralitätsver-
letzung. Auf die Frage des Großrichters antwortete Wattenwohl,
niemals mit den Militärakten über den Inhalt dechiffrierter
Depeschen gesprochen oder ihnen solche gezeigt zu haben. Darauf
folgte die Vernehmung des Hauptbelastungszeugen Dr. Langie
(Pontreux), dessen Vater, ein gebürtiger Pole, 1800 in die Schweiz
gekommen ist; seine Mutter ist eine gebürtige Schweizerin. Langie
arbeitete 14 Monate im Dienste des Generalstabes. Der Inhalt
der rund 200 von ihm bearbeiteten Dokumente schenken ihm für die
Schweiz nicht interessant. Langie schöpfte aus verschiedenen Vor-
kommnissen, insbesondere infolge des Auftrages, fünf sogenannte
nordische Depeschen zu entziffern, deren Inhalt in keiner Be-
ziehung zur Schweiz stand. Verdacht, daß er nicht allein für den
Schweizer Generalstab arbeite. Weiter wurde sein Verdacht er-
weckt bei der Entzifferung von Depeschen, in denen Dinge standen,
die seiner Meinung nach nur aus Dokumenten stammen konnten,
die er selber vorher für den Generalstab entziffert hätte. Der
Großrichter teilte dem Zeugen zur Aufklärung mit, daß diese
Dinge aus einem Bulletin stammten, das aus dem Attaké zur Ver-
fügung gestanden hätte. Langie sagte aus, daß er an den
Militärattaké der russischen Gesandtschaft
Mitteilung von der Entzifferung ihrer Schlä-
fel gemacht habe, ohne aber den Generalstab zu demütigen.
Später machte er auf Anraten welscher Vertrauensleute, des
Obersten Secretan (Baufanne) und des Chefdebatteurs Bonnard
(Genf), dem Bundesrat von seinem Verdacht Mitteilung. Langie
erklärte am Schluß seiner Vernehmung, er sei überzeugt von der
Neutralitätsverletzung Verwendung der von ihm dechiffrierten
Depeschen.

Schließlich sei noch aus der Aussage des Generalstabs-
chefs Sprecher v. Bernegg vermerkt: „Die Schweiz ist bei
ihrer neutralen Stellung auf einen guten Nachrichtendienst
angewiesen, da sie durch ihre Neutralität militärisch große
Nachteile hat, auf eine strategische Defensive angewiesen und
dabei abhängig ist, was der Nachbar unternimmt. Sie mußte
sich deshalb Nachrichten verschaffen auf Wegen, die wenig
Mittel erforderten. Der Nachrichtendienst kann mit
den Forderungen der Neutralität in Widerspruch geraten. Um
Nachrichten zu erhalten, die großen Wert für uns haben,
konnten die mit dem Nachrichtendienst betrauten Offiziere
erwägen, ob sie dafür Meldungen geben würden, die mit einer
strengen Neutralität nicht vereinbar sind. Das Bulletin hatte
keinen großen Wert. Hätte ich von seiner Verwendung zu
Kompensationszwecken Kenntnis gehabt, so hätte ich die Ver-
fehlung disziplinarisch bestraft. Mit der Hebermittlung des
Bulletins ist keine so große Neutralitätsverletzung begangen
worden, als wie wir uns eine Einschränkung unserer Neutra-
litätsrechte gefallen lassen müssen.“

Wenig Mittel: aber Zwecke sollen erreicht werden, wie
eine Großmacht mit ihrem aus reichen Quellen gespeisten
Nachrichtendienst sie erstrebt. Als eifrige Offiziere, die der
Verteidigung ihres Landes nach Kräften zugehen wollten, gin-

gen also die beiden auch einmal krumme Wege. Den Schwei-
zern mag überlassen bleiben, innerpolitisch selbst die Sache
einzurenken. Daß jeder Schweizer, der redlich die Neutrali-
tät bewahren will, wachsam sein muß, dieses sei nochmals be-
tont. Freilich will uns bedünken, als habe nun erst recht
jeder Schweizer Anlaß, den eigenartigen „Neutralitätshüter“
beim Ohr zu nehmen, der den russischen Militärattaké als
Vertrauensmann benutzte.

Uns Deutschen zeigt die Affäre drastisch, welche unterge-
ordnete Dinge verhalten müssen, um in der öffentlichen Mei-
nung für die Entente und gegen Deutschland Stimmung zu
machen. Wurde es doch so dargestellt, als läge ein Komplott
vor zum Zweck, deutschen Heeren den Weg durch die Schweiz
in den Rücken der französischen Heere zu bahnen. So wurde
inhaltlich verurteilt, die ganze Schweiz gegen Deutschland
aufzubringen. Ähnlich trieb es die Entente gegen Holland;
das Bekanntwerden der schmutzigen Geschichte vom „Tele-
graph“, der die Handelsbionage im Dienste Englands ge-
radezu organisierte, hat zwar den Holländern eine Warnung
aufgezeigt, aber dennoch hält sich dort das Mißtrauen gegen
Deutschland und die freundliche Stimmung zur Entente auf-
recht. Mit einer Kunst, die zu bewundern wäre, wenn sie einer
besseren Sache diene, hat die Entente in der ganzen Welt ver-
standen, die Stimmung gegen Deutschland zu wenden. Be-
sonders in Amerika hat sie damit Erfolg erzielt: es ist fabel-
haft, was dort alles Deutschland nachgesagt und angelobt
wird. Mit Amerika steht und dank der englischen Skrupel-
losigkeit leider die direkte Verbindung, der Schwindel kann
dort haushoch gedeihen. Holland und die Schweiz liegen
näher. Holland und die Schweiz haben nun Proben geliefert
bekommen, was Wahrheit und was Dichtung ist. Holland er-
hielt den Beweis schändlichsten Neutralitätsbruchs im Dienst
der Entente, und die Schweiz weiß nun, wie verhältnismäßig
unbedeutend eine Sache ist, die zur größten Skandalaffäre der
Welt aufgeschwulst wurde.

So wird es sich noch oft zeigen. Viel Geschrei und wenig
Wolle! das ist die Marke, unter der die Sehe gegen Deutsch-
land arbeitet.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Gestern nachmittag war das italienische Geschützfeuer
gegen Teile des Görzer Brückenkopfes und die Hochfläche von
Toberdo wieder lebhafter.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Böfer, Reichsmarschallleutnant.

Die Schlacht um Verdun.
Nach dem deutschen Sturmverfolg auf das Fort Douau-
mont ist im Norden von Verdun eine Pause in größe-
ren Aktionen eingetreten. Nach französischen Behauptungen
würde das unter dem Fort liegende Fort Douaumont noch im
Besitz des Gegners und alle deutschen Angriffe darauf seien
vergeblich gewesen. Die deutschen Berichte widersprechen nicht.
Das wäre eine ganz merkwürdige Gestaltung der beiderseiti-
gen Nordfronten.

Vom Osten her rücken unsere Truppen auch in den
letzten Tagen unaufhaltsam in der Woivre-Ebene gegen die
Höhenbefestigungen von Verdun vor. Aus unserem gestri-
gen Tagesbericht ergibt sich, daß die Franzosen ihre sämtlichen
Stellungen in der Ebene räumen und sich („freiwillig“, wie
sie sagen) an den Rand der Höhe Vervains zurückziehen. Rich-
tungs ist, daß wir im Osten noch keine überhöhte Festungsstellung
angenommen haben wie im Norden. Aber unsere schwere Ar-
tillerie kann nunmehr nahe an Verdun heranrücken und die
Vorbereitungen für weitere Erfolge treffen.

Antilcher Trost.
Paris, 29. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) „Nigaro“
schreibt: Ministerpräsident Briand erschien gestern
abend in den Wandelgängen der Kammer und er-
klärte, die Lage sei gut. Die Truppen seien von Eifer
begeistert. Starke Reserven seien bereit, den stärksten Stoß aus-
zuhalten. — Die Zeitungen geben übereinstimmend an, der
französische Gegenstoß habe am 26. Februar begonnen und
werde mit vollem Erfolge durchgeführt. Die Deutschen hät-
ten keinen Aoll breit mehr Boden gewonnen.

Aus dem Feuerkreise von Verdun
berichtet ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ unter
dem 27. Februar, an welchem Tage er sich in Ormont Ferme
bei Saumont befand: Es ist eine neue Seite der Geschichte
hier vor meinen Augen aufgeschlagen: eine geistliche Ver-
größerung des Bildes der Schlacht um Sedan. Nur ein Teil
der Kämpfe um Verdun ist hier zu sehen und doch ist auch
dieser schon riesenhafte Ausdehnung. Heute ist es tiefst still
hier überall; der Schnee hält nicht. Wir hoffen auf trockene
Tage. Ich spreche mit Truppen, die am 23. Februar die
stark ausgebauten weithin beherrschende Höhe 344 erstürmt
haben. Als unsere brave Artillerie die Höhe völlig nieder-
bolten konnte, gingen die Leute los, in die buchstäblich
starrenden Gindernisse hinein. In diesem Augenblick kam
furchtbares Feuer aus den weit entfernt flankierenden
Batterien und legte ein Schachbrettmuster freierender Gra-
naten in das Vorgebiet, durch das unsere Praven dann mit
unabsehlicher Todesverachtung durchstürzten, bis sie end-
lich droben waren. Das Allerfurchtbarste kam aber erst. Die
Franzosen belegten die wichtige Höhe, deren Besitz auch über
den des Landes beiderseits entschied, darauf mit konzentrischem
Feuer, daß die Unseren zwei Tage lang wie
auf einer Insel abgeschnitten, ausharren
mußten. Von einem Herandrängen der Feldkuchen war
natürlich keine Rede. Aber trotzdem schlugen diese Soldaten
noch heftige Sturmangriffe ab und hielten aus, bis der ganze
Streifen fest in unserm Besitze war.“

Der Sturm auf Douaumont.
Rotterdam, 1. März. (D. D. P.) Der Berichterstatter
der „Times“ berichtet über die Vorgänge bei Verdun: Die
Lage sei andauernd ernst und mit großer Spannung werde
der weiteren Entwicklung entgegengesehen. Die Franzosen
seien aber immer noch im Besitze der Hauptverteidigungslinie
und man hoffe, daß es ihnen gelingen wird, Verdun zu
halten. Der Kern der ganzen Lage sei, daß die Franzosen
nur vorgegebene Stellungen an den vorder-
sten Verteidigungslinien aufgegeben haben, daß, wie
heftig der Kampf auch war, das schwerste Ringen
noch bevorstehe. Wenn es dazu kommen würde, seien
die Franzosen in mancher Hinsicht im Vorteil. Der Besitz
der hauptsächlichsten Höhen steht sie in den Stand, die An-
greifer mit ihren Feuer zu erschöpfen. Der Korrespondent des
englischen Blattes erklärt, er habe die Verteidigungswerke
von Verdun früher besichtigt. Er könne aus eigener An-
schauung bestätigen, daß die Forts schon vor langer
Zeit abgerichtet wurden.

Der gestrige Tagesbericht.
(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)
Großes Hauptquartier, 29. Febr. (W. B. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Die verstärkte Artillerietätigkeit hielt an vielen Stellen
an.
Ostlich der Maas stürmten wir ein kleines
Panzerwerk dicht nordwestlich des Dorfes Douaumont.
Gegen die feindliche Angriffsversuche in dieser Gegend wurden
schon in der Entwicklung erwidert.
In der Woivre überschritten unsere Truppen
Dieppe, Abancourt, Marzée. Sie säuberten
das ausgedehnte Waldgebiet nordöstlich von Watronville
und Sandoumont und nahmen in tapferem Angriff
Ranheulles sowie Champlon.
Bis gestern Abend waren an unverwundeten Gefangenen
gezählt: 228 Offiziere, 16575 Mann. Ferner
wurden 78 Geschütze, darunter viele schwere neuester
Art, 86 Maschinengewehre und unerschöpfbares
Material als erbeutet gemeldet.
Bei der Festerei Thiaville (nordwestlich von
Rabonville) wurde ein vorspringender Teil der franzö-
sischen Stellung angegriffen und genommen. Eine
größere Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.
Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.
Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.
Wien, 29. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich
wird verlautbart: 29. Februar 1916.
Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Petersburg.

Er entnimmt dann einem Berichte des „Petit Parisien“ verschiedene Einzelheiten über die Kämpfe. Nachdem der Angriff eröffnet war, sah man die dunklen Massen der Deutschen über den schneebedeckten Boden vordringen. Auch über die Abhänge schwebten die Reiben der deutschen Infanterie herab. Die französische Infanterie eröffnete in jenem Augenblick ein mörderisches Feuer, worauf die schwere französische Artillerie sich ihrerseits in den Kampf einmischte. Nach einer Anzahl von Angriffen wurde die Höhe 345, Douaumont gegenüber, von den Deutschen im Sturm genommen, und die Flut der Deutschen umstieß den Berg von Douaumont. Die Deutschen versuchten auf den Höhen Fuß zu fassen, und schließlich gelang es dem Brandenburger 24. Infanterie-Regiment, den Gipfel des Berges zu erklimmen. Das berühmte französische Stützpunkt, das wie die preussische Garde stets dahin befohlen wird, wo das Gefecht am heftigsten ist, begann sofort den Gegenangriff und gegen Mittag war das Fort Douaumont wieder im Besitz der Franzosen, und die Franzosen leisteten dem deutschen Versuch, sie wieder herauszuwerfen, heftigen Widerstand. In einem weiteren Bericht geben die Franzosen aber trotzdem zu, daß das Fort Douaumont wieder in deutschem Besitz und vom Feinde bemantelt gehalten werde.

Die Außenwerke von Verdun.

Neben die Verteidigungsanlagen, die um die Panzerwerke der modernen Forts der Festung Verdun gezogen sind, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ folgendes: „Sie bestehen aus kleineren, niedrigen, gruppenweise angelegten Infanterie-Stützpunkten für Befestigungen von etwa Kompaniestärke mit weit vorgeschobenen zählreichen und starken Hindernissen, hohen Mittern und selbständigen oder elektrisch zu zündenden Minen. Auf dem Voralpaz befinden sich ringsum ein elektrisch geladenes, 20 bis 30 Meter breites Drahtnetz. Nach innen folgt dieser Zone ein breiter und tiefer Graben, dessen äußere Wand in Steinpackung oder Mauerwerk ausgeführt ist, und der wiederum ein 20 bis 30 Meter breites Drahtgitternetz, häufig auch Minenanlagen enthält. Dann kommt ein oft in Reihen gestreuter Hauptgraben von 10 Meter Seitenbreite, dessen 5 bis 8 Meter hohe äußere Wand mit Mittern stark belagert und gegen Minenangriffe und schwere Geschosse durch Steinpackung geschützt ist. Er wird seitlich durch die mit Geschützen armierte äußere Grabenwand befestigt. Als Hinterlast und Bedeckung für die Befestigung dienen eine belagerte Heckschranke und ebensolche Bereitschaftsräume.“

Französische Gegenmaßnahmen.

Von der Schweizer Grenze wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß auf den französischen Eisenbahnen der ganze Güterverkehr eingestellt wurde aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Armeeleitung. Auch die Postpakete für Private und Kriegsgefangene wurden bis auf weiteres nicht befördert.

Vom Seekrieg.

Opfer der U-Boote.

Aden, 1. März. (W. V. Nichtamtlich.) Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus Amsterdam: Wie aus Paris am 1. März gemeldet wird, ist der französische Hilfskreuzer „Provence II“, der mit einem Truppentransport nach Salonik unterwegs war, am 28. Februar im Mitteländischen Meer gesunken. Von 1800 Mann wurden 696 gerettet.

Landskrona, 29. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Der Kapitän des schwedischen Dampfers „Lornborg“, der im Mittelmeer versenkt wurde, berichtet: Der Dampfer wurde von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot vierzig englische Meilen von Marseille versenkt. Die Besatzung ist von einem spanischen Dampfer gerettet und nach Livorno gebracht worden.

Le Havre, 29. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Der französische Schlepper „Au rebord“ ist von einem Unterseeboot torpediert und versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet. (Wolfs Register führt einen Dampfer „Au rebord“ mit 1000 Tonnen auf, der in Boulogne beheimatet ist. Red.)

Deutsche Entschuldigung.

Kopenhagen, 28. Febr. (W. V. Nichtamtlich.) Die deutsche Regierung hat der dänischen ihr aufrichtiges Be-

auern ausgesprochen, daß ein deutsches Flugzeug am 12. Februar bei und über Kopenhagen dänisches Gebiet überflog. Die deutschen Militärbehörden haben in bestimmtester Form ihre frühere Weisung erneuert, daß ein Ueberfliegen neutralen Gebietes nicht stattfinden darf.

Ein Opfer der „Emden“.

Der Kommandant des russischen Kreuzers „Scheuchzug“, Kapitän Scherfaff, wurde wegen Nachlässigkeit im Dienst zu 3½ Jahren Gefängnis, Degradation und Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, trotz bisher anerkannt guter Führung und besonderer Auszeichnung während des russisch-japanischen Krieges. Auch der erste Offizier des Schiffes wurde verurteilt. Der russische Kreuzer wurde bekanntlich am 27. Oktober 1914, drei Tage, nachdem alle Deutschen und Oesterreicher auf der Kolonialinsel interniert worden waren, von der „Emden“ im Hafen von Penang angegriffen und versenkt. Während der Gerichtsverhandlungen wurde festgestellt, daß der Kommandant mit fünf Offizieren am Abend vorher schon an Land gegangen waren, um mit seiner Frau zusammen sein zu können, die ihm überliefert nachreiste. Am Vordertag herrschte die größte Nachlässigkeit. Von den 14 Kanonen war nur einer unter Dampf, die ganze Munition war an Land, die Torpedozentrale nicht geladen, an den Geschützen stand keine Wachtmannschaft, und das ganze Schiff war vollständig beladunglos, obwohl man von der Nähe der „Emden“ wußte. Während fast alle Offiziere an Land waren, fehlte die Mannschaft. Am nächsten Morgen bei Tagesanbruch erfolgte die Zerschlagung des Schiffes. Mit der Mannschaft wurden auch einige „verwandte Fremdenmädchen“, Japanerinnen, gerettet, die die Nacht an Bord zugebracht hatten. Zwei dieser unglücklichen Mädchen sollen ertrunken sein. Eine englische Tageszeitung brachte damals diese Nachricht, machte jedoch auf Befehl der Regierung ihre eigene Meldung dementieren, da die Veröffentlichung der Nachrichten das Ansehen der Alliierten hätte schädigen können.

Deutschland und Amerika.

Neuer meldet aus New York nach London: Das deutsche Memorandum, das Verrisoff der amerikanischen Regierung überreicht hat, stellt sich auf den Standpunkt, daß die neuen Instruktionen für den Unterseebootkrieg keine Veränderung im Unterseebootkrieg bringen und daß die feindlichen Kauffahrtschiffe, die keinen Widerstand leisten, auf die bereits früher gemachten Zusicherungen rechnen können. Im Laufe der Unterhandlungen über den „Lusitania“-Fall ist die Frage der bewaffneten Kauffahrtschiffe nicht zur Sprache gekommen. Im Memorandum wird die Aufmerksamkeit auf eine angebliche Mitteilung der amerikanischen Regierung an die Hafenbehörden gelenkt, in der gesagt wird, daß das Vorhandensein von Geschützen an Bord eines Kauffahrtschiffes darauf schließen ließe, daß das Schiff zu Offensivzwecken bewaffnet sei. Weiter wird auf die geheimen und vertraulichen Instruktionen hingewiesen, die die britische Admiralität den Kommandanten der Kauffahrtschiffe für den Angriff gegen Unterseeboote gegeben hat. Auch wird angeführt, daß österreichische Unterseeboote durch bewaffnete britische Kauffahrtschiffe angegriffen worden sind. Das Memorandum erklärt weiter, daß die neuen Instruktionen vollkommen mit der Auffassung übereinstimmen, die Lansing in seiner vor kurzem an den Viererband gerichteten Note entwickelt hat, worin er die Entwaffnung der Kauffahrtschiffe forderte. Es teilt noch mit, daß die deutschen Kommandanten von Kriegsschiffen den Auftrag hätten, kein Kauffahrtschiff zu vernichten, wenn sie nicht sicher seien, daß dieses Schiff bewaffnet sei. Deutschland erkenne die Verluste der Vereinigten Staaten, in der Frage der Bewaffnung der Kauffahrtschiffe zu einem modus vivendi zu kommen, gerne an. Deutschland würde jedoch nicht länger dulden, daß Unterseeboote durch Kauffahrtschiffe angegriffen würden. Die neuen Instruktionen seien deshalb weder verlegt noch geändert worden. Als Beilage zu dem Memorandum, das die Unterfahrt Verrisoffs trägt, wird eine Liste von etwa 20 Fällen gegeben, wo bewaffnete Kauffahrtschiffe Angriffe auf Unterseeboote unternommen hätten.

Holland und die Bewaffnung der Handelschiffe.

Die holländische Regierung hat sich vor Anfang des Krieges an dem deutschen Standpunkt angeschlossen, daß Handelschiffe nicht bewaffnet sein dürfen, auch nicht zum Zwecke der Verteidigung, wie es die englische Regierung in

Washington notifiziert hat. Nach Ansicht der holländischen Regierung sind bewaffnete Handelschiffe Kriegsschiffe, und diese Auffassung entspricht zweifellos dem internationalen Recht. Deshalb hat die holländische Regierung auch auf die Frage der englischen Regierung, ob bewaffnete Handelschiffe in niederländischen Häfen zugelassen würden, geantwortet, daß dies nur „wegen Savarie oder ungünstiger Wetterverhältnisse“ geschehen könne.

Amerikanische Sozialisten beim Präsidenten Wilson.

Am 25. Januar 1916 besuchten die Vorstandsmitglieder der Sozialistischen Partei, Morris Dillquit und James S. Maurer, den Präsidenten Wilson und baten ihn, seinen Einfluß auszuüben auf den Kongreß, um eine Resolution einzubringen, die die Vereinigten Staaten einen Kongreß der Neutralen einberufen, dessen Aufgabe es sein soll, Schritte zur Beendigung des Krieges zu erwägen. Die Unterredung währte eine halbe Stunde. Dillquit gab hierüber folgenden Bericht ab:

„Wir machten dem Präsidenten mit dem Wirken der Sozialistischen Partei zugunsten des Friedens bekannt. Wir gaben unserer Ansicht Ausdruck, daß die Kriegsführenden Mächte jetzt bereit sind, Friedensunterhandlungen zu beginnen und bezogen uns besonders auf die Haltung der Sozialisten und organisierten Arbeiter in diesen Ländern. Wir verwiesen auf die Entwicklung in den letzten Monaten, die eine bemerkenswerte Wandlung in der Stimmung unter den Sozialisten und organisierten Arbeitern zugunsten sofortigen Friedens erkennen ließen. Wir besprachen auch die hauptsächlichsten Forderungen des vorgeschlagenen Friedensprogramms und betonten, daß diese so gehalten sind, daß sie jeden Einwand, ein jetzt geschlossener Friede würde nur den Zentralmächten zugute kommen, ausschließen. Andererseits betonten wir, daß es die einzige mögliche Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilde, besonders deshalb, weil die Saat für neue Kriege beseitigt, die immer in schweren Kriegsentwicklungen und gewalttätigen Annerkennung lauer. Wir traten besonders für humanitäre Abstützung und Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes ein, als Ersatz für die gegenwärtigen brutalen Methoden der Erledigung internationaler Streitigkeiten. Der Präsident hörte mit großem Interesse zu. Er sagte, die Frage des Friedens beherrschte seine Gedanken seit Ausbruch des Krieges und seine Sympathien seien vollkommen mit uns. Er sagte, wie er die Frage betrachte, sei sie nur eine der Annäherungsmethoden. Wir machten dem Präsidenten darauf aufmerksam, daß die bürgerliche und politische Stellung der Juden in Rußland sich seit Ausbruch des Krieges nicht gebessert habe, vielmehr noch unerträglicher als vorher geworden sei; daß in Rußland weder die Juden noch die Liberalen die Macht hätten, die Regierung zu beeinflussen und daß die einzige Art, diese Regierung zu beeinflussen, der Druck seiner Milizien sei oder noch besser der Vereinigten Staaten, als der mächtigsten der neutralen Nationen und auch, weil Rußland bemüht zu sein scheint, enge kommerzielle und andere Beziehungen mit Amerika anzuknüpfen. Wir erklärten ferner, daß eine öffentliche Erklärung des Präsidenten Wilson eine gute Wirkung auf die Politik Rußlands ausüben würde. Eine derartige Erklärung würde nicht nur in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Juden sein, sondern auch mit denen aller freisinnig denkenden Amerikaner. Der Präsident nahm diese Anregung mit Interesse entgegen und es schien uns, daß er eine günstige Gelegenheit abwarten möchte, um in diesem Sinne zu handeln.“

Vaterländischer Gemeinfinn.

In der Zentrumsprelle wird zurzeit die amtliche Statistik der Streiks und Auspörungen während des ersten Kriegsjahres — vom 1. August 1914 bis Ende Juli 1915 — besprochen. Es wird gesagt, daß diese Statistik ein rühmliches Zeugnis für die innere Einheit und den vaterländischen Opfersinn des Volkes in diesem Weltkriege bedeute. Nur 111 Streiks und Auspörungen mit insgesamt 10 374 beteiligten Arbeitern sind zu verzeichnen. Das sind 4,4 vom Hundert der Streiks und 3,2 vom Hundert der Streikenden und Ausgespörten im Durchschnitt der letzten fünf Friedensjahre. Amtlich wird noch festgestellt, daß die Berufsver-

Genilleton.

Der Herr Munitionsmminister.

Von Ed. G. S. (Frankfurt a. M.).

Vor mehr als 12 Jahren kam ein eleganter junger Franzose zu uns nach Frankfurt a. M., um auch hier die Parteiverhältnisse näher kennen zu lernen. Es war der Lehrer Albert Thomas aus Paris, der beste Empfehlungen von seinem Lehrmeister Jean Jaurès mitbrachte und in allen Kreisen unserer Partei h. glich willkommen war. So lernte ich damals Albert Thomas kennen, der zur Zeit der Reichstagswahlen eine Studienreise durch Deutschland unternommen hatte. Viele Tage waren wir hier zusammen und gar manchen Abend wurde bis spät in die Nacht hinein lebhaft diskutiert. Keine Versammlung, zu welcher nicht Freund Thomas Zutritt hatte, keine Sitzung der Genossen im engeren Kreise, in welcher nicht der seine Franzose sich einfinden konnte. Wir hielten dies für ganz selbstverständlich, waren wir doch Genossen und zuletzt auch gute Freunde geworden. Und wie äußerte sich Freund Thomas damals begeistert über das bereits in Deutschland Geschaute! Er war ganz hingekommen von der Stimmung der deutschen Arbeiter, ihrer Ruhe, ihrer Organisation, ihrer Presse usw.

Als „Varenführer“ konnte ich ihm damals unsere Organisationen näher zeigen und überall hinführen, wo es für ihn etwas zu lernen und zu schauen gab. Und doch waren damals die Parteiverhältnisse am Orte noch sehr in den Anfängen. Unser Gewerkschaftshaus war noch der „Erlanger Hof“, der aber jeden Tag gefüllt war und sicher ein besseres Geschäft für unsere Organisation darstellte, als das viel größere Gewerkschaftshaus von heute. Wie wunderte sich da Freund Thomas, als er sehen konnte, daß z. B. mittags die Genossen aus dem Westen und Osten der Stadt in den weitestfernliegenden „Erlanger Hof“ eilten, um dort ihr Mittagmahl einzunehmen, wenn ich ihm auf der Stadtkarte die Stred zeigen konnte, die von den eifrigen Genossen immer zurückgelegt werden mußte, nur um im Kreise ihrer Freunde und Genossinnen eine halbe Stunde zu verweilen und ihr Opfer der Gesamtarmee auch dadurch zu bringen.

„Das bringen die Franzosen nicht fertig“, war immer und immer wieder die Antwort von Freund Thomas, der ziemlich gut deutsch sprach und eifrig sich bemühte, alles zu erfassen, was deutsche Arbeiterkollektivistik darstellte. Und dann erst die vielen Sitzungen der Wahlkommission, an welchen er ja auch teilnehmen durfte. Diese Ruhe in den Beratungen“, murmelte dann Thomas, als wir zusammenhingen und die nächsten Aufgaben des Wahlkampfes besprachen. „In Frankreich ist man viel lebhafter“, meinte er dann treuherzig. Wir glaubten ihm dies gerne, da wir ja schon früher solche Proben kennen gelernt hatten. Doch in der Ruhe liegt die Kraft sehr oft verborgen und nicht in schillernden Phrasen und großen Redensarten, denen die Taten oft nicht folgen können. Er sah dies auch ein, da er den deutschen Volksharakter sehr gut verstand und daher auch sichere Vergleiche anstellen konnte. Und dann die Wahlversammlungen alle, die wir gemeinschaftlich besuchten! Welchen Eindruck hatten diese auf den Franzosen gemacht! Noch mehr erstaunt war er aber über den Stand unserer Presse, obwohl diese damals noch in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung sich befand. „Wie bin ich erstaunt, in Offenbach, in Mainz ein eigenes Blatt! Und auch in Frankfurt a. M. die „Volksstimme““, rief Thomas aus, als er von uns ausführte unsere Druckerei betrat, die Hausen Zeitungen sehen konnte, die druckfertig ins Land hinaus gehen konnten. Auch hier stellte er Vergleiche an, die wahrlich nicht zugunsten der Franzosen ausfielen, die wie er selbst offen und ehrlich zugeben mußte, es nicht einmal fertig brachten, in Paris ein richtiges Parteiblatt zu halten. Er erzählte uns die vielen Sorgen, die man in Paris damals mit der Gründung der „Humanität“ hatte, welche Opfer gebracht werden mußten, um nur in der Weltstadt und Hauptstadt Frankreichs ein kleines Blatt zu halten. Thomas meinte, daß die Franzosen auch da viel von den Deutschen lernen müßten, die alle stils darauf seien, ein eigenes Parteiblatt zu halten, fest zu abonnieren, um so dem Verlag auch eine sichere Unterlage für das Geschäft zu geben. Er schilberte uns dann den Kampf der französischen Genossen, die es nicht dazu bringen konnten, die Arbeiterkraft zu festen Abonnenten der Parteiblätter zu „ziehen“. Der Straßenverkauf bilde eben das Hauptgeschäft und an einem Tage würden mehr Exemplare eines Blattes verkauft, als an vielen anderen Wochentagen, jedoch oftmals große Mengen Zeitungen unver-

kauft wieder in die Bureaus zurückwanderten. Also auch hier Deutschland als Muster für die guten Franzosen!

Daß die Parteimitglieder nicht ebenso fest an der politischen Organisation wie in Deutschland hielten, war uns ja allen bekannt, daß die Gewerkschaften oft eine große Zunahme an Mitgliedern hatten, die aber sehr bald wieder ihrer Organisationen eben so schnell den Rücken kehrten, wußten wir als alte Gewerkschafter längst aus den Berichten unserer Internationales. Dies wurde aber auch unumwunden von Freund Thomas zugegeben.

Doch Thomas wollte noch mehr als politische und gewerkschaftliche Fragen in Deutschland studieren. Er interessierte sich auch für die Arbeiterversicherung Deutschlands, die leider auch von uns sehr oft unterschätzt worden war und daher im Ausland falsche Vorstellungen erweckte. Ich konnte ihm nun damals unseren kaum bezogenen Neubau der Ortskassen mit all seinen Einrichtungen zeigen und viele Stunden wußte unser Franzose in diesen Räumen, um an Ort und Stelle auch praktisch die ganze Organisation der Krankenversicherung kennen zu lernen. Auch in dieser Frage konnte er sich nur lobend über deutsche Arbeiterkraft äußern und dies wurde von ihm auch zu jeder Stunde wiederholt. Er konnte uns auch die Rückständigkeit Frankreichs auf diesem Gebiete schildern und die Lage der armen Arbeiter, die wahrlich in Frankreich genau so ausgebeutet wurden, als in Deutschland und daher gerade diesen wichtigen Schatz nicht entbehren sollten.

Nach Tagen reiste dann Freund Thomas wieder ab, dankte uns mehr, als wir verdienten, für unsere Freundschaft und Bereitwilligkeit, ihn, den Fremden, zu führen und zu lehren. Viele Jahre später noch kamen Grüße aus Paris durch Freunde und Bekannte, die dort auch ihre Studien machten, an uns nach Frankfurt a. M., die wieder bestens erwidert wurden. Wir konnten dann den Aufstieg von Albert Thomas genau verfolgen, der erst vom Lehrstande in die Redaktion der „Humanität“ eintrat und dann Reichstagsabgeordneter (Deputierter) wurde. Bis zum Kriegsausbruch hielt er treue Freundschaft und wie oft erfreuten uns seine klaren Artikel in der „Neuen Zeit“ oder in der Gewerkschaftspresse Deutschlands, die uns ein deutscher Beweis für die guten Beziehungen unserer Pariser Freunde zu uns Deutschen waren.

ländischen
Hiffe, und
nationalen
auf die
ndelschiffe
antwortet.
Bettver-

Wilson.

mitglieder
James S.
inen Ein-
r London
ur zu der
der Neu-
schritte zur
wäre
enden Be-

irken der
nt. Wir
föhrenden
u begin-
der Sozia-
Wir ver-
die eine
r den So-
fortigkeit
die haupt-
iedenspro-
ie jeden
den Gen-
erkeits be-
für einen
Kriegsent-
ert. Wir
Einführung
für die
ng inter-
großem
die keine
mpathien
Frage be-
en. Wir
ie bürger-
nd sich seit
noch un-
and weder
Regierung
ierung zu
noch besser
neutroten
eint, enge
ika anzu-
Erklärung
ie Politik
na würde
der Juden
denkenden
mit At-
tische Ge-
handeln."

die Stati-
en erlie-
1915 —
ein rühm-
wäterlän-
deute. Nur
374 betel-
4,4 vom
Streifen-
fünf Krie-
beraufder-

Also auch
fent!
der politi-
ar uns ja
große Zu-
eder ihren
n, wuchten
n unserer
nden von

und ge-
Er inter-
tslands,
war und
tte. Ja
ubau der
igen und
amen, um
ktion der
ier Frage
fz ihrem
iederholt.
auf diesem
die wahr-
e, als in
huh nicht

ieder ab-
undhaft
und zu
us Paris
Studien
r beifens
on Albert
de in die
ichstags-
ausdruck
uns seine
rftchafts-
für die
e Deut-

eine nur sehr geringen Anteil an diesen Sterben gehabt haben. Die Zentrumspresse knüpft an diese amtlichen Feststellungen folgende Bemerkungen:

„Damit vergleiche man das Verhalten der englischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in diesem Völkerringen. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch in England ohne Streiks die Löhne beträchtlich steigen müßten. Gleichwohl haben gewaltige Streiks das staatliche und volkswirtschaftliche Leben Englands in den schwierigsten Zeiten bis in die tiefsten Tiefen erschüttert. König, Minister und Parlament haben betteln müssen bei den Arbeitern um Verleihung der Kriegsarbeit. Wie anders in Deutschland! Auch hier hätten die Arbeiter unter dem Druck militärischer Notwendigkeiten mehr herausgeschlagen können, wenn sie sich für die Erwiesen hätten; vielmehr hätten sie an und für sich in manchen Fällen auch ein gutes Recht auf einen höheren Anteil am Gewinn gehabt. Sie haben jedoch aus patriotischen Gründen mit ihrer Arbeitsleistung nicht zurückgeblieben, haben die Zwangs- und Notlöhne des Krieges nicht selbstständig ausgenutzt, haben im Gegenteil Überstunden geleistet, um das Arbeitsergebnis möglichst zu steigern, vielfach unter Opaß ihrer letzten Kräfte. Ein Ruhmesblatt für das deutsche Volk und insbesondere für die deutschen Arbeiter!“

Damit vergleiche man die Handlungsweise anderer Bevölkerungsschichten! Ueber Deutschland kam die gewaltige Teuerung der Lebensmittel, die Arbeiter erhielten Löhne, die sie in die bitterste Not brachten. Wenn hier und dort auch der Verdienst stieg, so war diese Steigerung gegenüber der Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel so minimal, daß es heute unzählige Arbeiterfamilien gibt, die buchstäblich hungern müssen und in das größte Elend geraten sind. Dennoch haben diese Arbeiter, wie ihnen bekannt wird, um der Landesverteidigung willen nicht zu Streiks gegriffen, und damit haben sie Opfer auf sich genommen, die sich in Zahlen kaum ausdrücken lassen. Währenddessen waren Hunderttausende im deutschen Lande beflissen, aus dem Kriegszustand Gewinn für sich herauszuschlagen. Durch betrügerische und wucherische Manipulationen haben viele Kreise der Bevölkerung es verstanden, ihr Vermögen zu steigern, oft zu vervielfachen. In vielen Industriezweigen lob man sich veranlaßt, die glänzende Gewinnbilanz zu verkleinern, um sie nach außen hin nicht zum Ausdruck kommen zu lassen, aber die Arbeiter in diesen Fabriken gingen mit Hungerlöhnen heim und schwiegen, dachten nicht daran, durch das ihnen in die Hand gegebene Mittel des Streiks ihre Lage zu verbessern. Es war Krieg. Unzählige Bayern trugen den Teufel nach ihm; sie sorgten dafür, daß ihre Einnahmen sich auf Kosten ihrer Mitmenschen erhöhten, und wie sie, so handelten andere: Produzenten, Händler und Kaufleute.

Die Arbeiter aber haben dem allem ruhig zugehört, sind dem Beispiel dieser Leute, die um Gewinn zu erbischen, oft Mittel angewendet, die sie für das Gericht reif machten, nicht gefolgt. Die Arbeiter haben es sich gefallen lassen, daß man sie nicht für verhandlungsfähig in Arbeiter- und Betriebsfragen erklärte, haben sich selbst während des Krieges beschimpfen lassen müssen, wenn sie billige Forderungen stellten. Aber sie verstanden, daß es Krieg war, und daß sie das Vaterland nicht im Stich lassen durften. Sie verzichteten auf Streiks, mit denen sie früher manche Unbrunnlichkeit und Bosheit niedergewungen haben. Sätten die anderen Bevölkerungsschichten hinter der Front eine solche Volkssolidarität in diesem Kriege gezeigt wie die Arbeiter, vor allen Dingen wie deren Gewerkschaften, wir würden manches Elend, das wir heute beklagen, nicht kennen. Die Arbeiterschaft weiß das sehr gut und wird nichts vergessen.

Die russische Landwirtschaft im Kriege.

Das Organ des russischen Finanz- und Handelsministeriums, die „Korowno Promyshlennaja Gazeta“, eröffnet am 13. Februar eine Reihe von Artikeln, die den nächsten Ausblicken der russischen Landwirtschaft gewidmet sind. Ausgehend von dem erheblichen Rückgang der Anbaufläche im Süden und Südosten des europäischen Rußland wird ausgeführt, daß der größte Prozentsatz der Windernte auf die Gegenden entfällt, in denen man die Landwirtschaft mit Wanderarbeitern betreibt und hauptsächlich komplizierte Erntemaschinen verwendet. Daraus erklärt sich der Zusammenhang der Verminderung der Anbaufläche mit dem Abströmen der landwirtschaftlichen Arbeiter an die Front und dem Aufhören der Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen. Diese zwei Fragen sind die brennendsten für die russische Landwirtschaft und rufen ernsthafte Besorgnisse für die zukünftige Ernte hervor.

Die Riffern der letzten drei Jahre nach den Angaben des Landwirtschaftsministeriums bezeugen das starke Anwachsen

Dann kam der große Krieg, von dem wir damals auch sprachen, der nach unserer Auffassung aber nie kommen konnte. Er kam aber mit all seinen Schrecken, und Albert Thomas wurde — Minister von Frankreich, sogar Munitionsminister und reiste von Frankreich nach England, von dort nach Italien usw., um alle Arbeiter und Fabrikanten zum Kampfe aufzurufen — gegen die deutsche Kraft, die er lieben und schätzen gelernt hatte. Er simt eifrig Tag und Nacht, wie er neue Mordwerkzeuge in Gölle und Fülle fabrizieren konnte, damit ja Deutschland eher vernichtet werden kann. Können wir ihm dies verübeln? Nein! Er handelt in diesen Tagen und Wochen als wahrhafter Patriot, der sein Vaterland glühend liebt und ihm den Sieg der Waffen gönnen möchte, jetzt als Minister erst recht gönnen muß. Welch Gedanke würde sich aber in der „Internationale“ von ehemals erheben, wenn einer unserer besten Genossen in Deutschland Munitionsminister geworden wäre und gar solche Reden halten würde? Gewiß ist dies im guten Deutschland ja unmöglich, denn zum Minister bringt es in Deutschland kein Arbeitervertreter. Albert Thomas meinte ja damals selbst, daß wir in Deutschland kaum den Posten eines — Reichsministers erhalten könnten. Er hatte leider recht, und heute noch fragen unsere guten Landräte bei Bestätigung eines gewählten Stadtrates usw. an, ob er der „rechten“ oder der linken Seite unserer Partei angehört. Wir sind daher in Deutschland von dieser Qual befreit und unsere „radikalen“ Genossen haben keinen Grund, und dard Vorwürfe zu machen, die wir aber bisher vergeblich gegen Thomas und seine Freunde geführt haben. Albert Thomas handelt als guter Franzose, der sein Vaterland mit all seinen Schwächen liebt.

Nehmen wir uns ein Beispiel daran, denn die Reaktionsäre in Deutschland sind ebenso wenig die Repräsentanten deutscher Kraft und Opferwilligkeit, als die in Frankreich, die auch von Albert Thomas in Friedenszeiten so leicht bekämpft worden sind und nach dem Kriege wieder bekämpft werden. Vorausgesetzt, daß Albert Thomas Genosse bleiben wird. Es wäre schade, wenn er uns verlassen würde, denn er kann ja nicht ewig „Munitionsminister“ von Frankreich bleiben. Der Friede kommt und muß ja wieder kommen.

des Landarbeitermangels. Zum Beispiel betrug der Mangel im Jahre 1913 (19 Gouvernements) 31 v. S.

1914 (30)	50
1915 (43)	70

Demnach ist der Arbeitermangel im verfloßenen Jahre um das Doppelte gegen 1913 und beinahe um 50 v. S. gegen das Jahr 1914 gestiegen. Wenn ferner die vom Feinde besetzten Gebiete ausgenommen werden und der Arbeitermangel auf die 44 Gouvernements des europäischen Rußland berechnet wird, so wird das Bild noch klarer:

1914 (14 Gouvernements)	32 v. S.
1915 (36)	81

Der Landarbeitermangel ist demnach im zweiten Kriegsjahre um mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen, wobei schon der Ausgleich durch Arbeit von Frauen und Kinderjährlingen ebenso wie durch erhöhte Anwendung von Maschinen berücksichtigt ist.

Wenn man den Ursachen nachgeht, so muß an erster Stelle die Abwanderung der Arbeiter zum Heere erwähnt werden, die in einzelnen Gouvernements 40 bis 50 v. S. betrug und natürlich die arbeitsfähige Kategorie erfaßte. Es stehen nämlich 60 v. S. der Landarbeiter im Alter von 20 bis 35 Jahren. 25 v. S. zwischen 35 und 45 Jahren, und nur 15 v. S. entfallen auf ältere Männer, Frauen und Kinderjährlinge, die gewöhnlich die Maschinen bedienen und leichtere Arbeiten ausführen.

Aber die Einberufung ins Heer allein erklärt die Sachlage durchaus noch nicht. Gegenwärtig hat der Arbeiter seine Stellung zur Landarbeit und ihren Arbeitsbedingungen völlig geändert: die Hunderte von Millionen Rubeln, die dem Heere infolge des Alkoholverkehrs, ferner aus der Unterhaltung der Reservistenfamilien und den Requisitionen zugeflossen sind, hatte die bäuerliche Wirtschaft von der ewigen Sorge um Beschaffung von Bargeld befreit und bei den Bauern den Anreiz zu intensiver Arbeit geschwächt. Aus den gleichen Gründen ging auch die Produktion zurück, denn über die Hälfte der landwirtschaftlichen Produkte diente ebenfalls als Quelle für die Beschaffung von Bargeld für den Bauern.

Dies ist die eine Seite der Frage. Die andere ist die große Verschiedenheit zwischen dem Arbeitslohn in der Landwirtschaft und dem in den Handel- und Industriezentren. Vor dem Kriege betrug der Lohnunterschied nicht mehr als 10 bis 12 v. S. zugunsten der Fabriken und der Städte. In der Erntezeit bestand überhaupt kein Unterschied. Im Augenblick aber beträgt er 100 bis 200 v. S., und jetzt hat natürlich der Zug zur Industrie, der schon in den letzten fünf Jahren erheblich war, einen geradezu epidemischen Charakter angenommen. So hat z. B. das Gebiet, das die Gouvernements Orel, Moskau und Kaluga umfaßt und früher bis 25 v. S. Landarbeiter gestellt hat, im Jahre 1915 noch keine 5 v. S. ergeben. Dagegen erhöhte sich der Zug nach den Fabriken um 125 v. S. gegen 1913. Infolge dieser beiden Umstände ist die russische Landwirtschaft aus Arbeitermangel in eine schwierige Lage gekommen. Die reiche Ernte an Getreide und Handelspflanzen konnte nicht voll eingebracht werden.

In noch höherem Maße bedrohlich sind die Aussichten für das bevorstehende Landwirtschaftsjahr. Die Knappheit der Landarbeiter ist noch gestiegen und der Anreiz zur Arbeit noch mehr gestiegen, da der Preis des Bauern an Bargeld weiter steigt. Vor allen Dingen ist die Einführung von Arbeitsmaschinen in weitem Umfang notwendig, um so mehr, als auch die Bevölkerung von selbst auf das lebhafteste landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge verlangt. Die Seinfabrik und das Landwirtschaftsministerium rechnen mit dieser wirtschaftlichen Umwälzung im russischen Dorf und organisieren den massenhaften Einkauf von Erntemaschinen im Ausland und steigern die einheimische Maschinenfabrikation. Aber das alles genügt noch nicht. Es müssen auch günstige Bedingungen für die gründliche Vertiefung der Maschinenarbeit geschaffen werden. Es müssen reichliche Kredite für die Landwirtschaft eröffnet und nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten im ganzen Lande kleine Reparaturwerkstätten errichtet werden.

Phantasiepreise für Rindvieh.

Der Profit, der von der Landwirtschaft während des Krieges erzielt wird, ist andauernd im Steigen begriffen. So berichtet die aqarische „Eibinger Zeitung“ von der 51. Judtvielauktion der westpreussischen Herdbuch-Gesellschaft:

„Die Preise stiegen sprunghaft und ergaben eine Höhe, wie bisher noch niemals seit Bestehen der Herdbuchgesellschaft. Rinde brachten bis zu 1200 Mark, Färsen bis zu 1150 Mark und Bullen bis zu 4650 Mark.“

Dazu bemerkt eine Korrespondenz: „Die Verkäufer haben also außerordentlich hohe Gewinne eingeheimst. So sehen die „Opfer“ aus, die von der Landwirtschaft gebracht werden.“

Die Bemerkung übersteht, daß es sich um Rindvieh handelt, also um Vieh, das den Landwirten gekauft wird. Die unheimliche Teuerung des Viehes bringt den Landwirten nicht nur Vorteil, sondern sie wirkt teilweise auch wie eine Vertierung der Produktionsmittel, deren der Landwirt bedarf. Es ist gerade so, als wenn der Tierzüchter für höhere Preise für Weizen und Weizenware löst, aber zugleich die Hefer und die Maschinen teurer bezahlen muß.

In den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Eine Konferenz des deutschen Bauarbeiterverbandes für den Bezirk Pommern tagte am 27. Februar in Stettin. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Verlauf der Tarifverhandlungen und dem Ablauf des Tarifvertrages. Nach einem Vortrag des Vorstandsvertreeters, Genossen Köpfer (Hamburg), setzte eine sehr lebhafte Diskussion ein, in der von allen Rednern das ungünstige Angebot des Arbeitgeberbundes zurückgewiesen wurde. Obgleich der Bezirk einen nahezu ländlichen Charakter trägt, wurde an Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte, die dem Lebensunterhalt dienen festgestellt, daß die Teuerung in nichts hinter denjenigen in den Großstädten und Industriezentren zurückbleibt. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, bringen die Vertreter zum Ausdruck, daß der Standpunkt ihres Verbandes über die Höhe der zu gewährenden Teuerungszulage auch der ihrige ist, wobei sie anerkennen, daß die Arbeiter auch fernheim bereit sind, in diesem Kriege „durchzuhalten“ und dementsprechend Opfer zu tragen. Doch unter dem Angebot des Arbeitgeberbundes würden die Opfer fast ausschließlich von den Arbeitern getragen werden müssen. Unter solchen Umständen — wenn nicht ein anderes Angebot erfolgt, das den Hoffnungen und Erwartungen der Bauarbeiter nahekommt — sehen die Vertreter in dem Ablauf des Tarifvertrages die einzige Möglichkeit, um ihr Ziel zu erreichen.

Unter dem Vorsitz des Architekten Behrens (Hannover) fand am Dienstag den 28. Februar im großen Saale des „Rheinlands“ die sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt, in der hauptsächlich zu den Forderungen der Bauarbeiter Stellung genommen

wurde. Bekanntlich haben die Verhandlungen zwischen den Bauunternehmern und -arbeitern im Reichsamt des Innern zu keiner Einigung geführt, da die Arbeiter angefangen der großen Teuerung eine Zulage von 15 bis 20 Pfennig pro Stunde verlangten, die Unternehmer diese Forderung aber ablehnten. Die Hauptversammlung setzte folgenden Beschluß: Die Hauptversammlung beschließt, den deutschen Bauarbeitern vom 15. März ab trotz des Darniederliegens des Baugewerbes freiwillig eine Kriegszulage zu den bisherigen Tariflöhnen zu zahlen, und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern für die Stunde 4 Pfennig, in allen übrigen Tarifgebieten mit neunständiger Arbeitszeit 8 Pfennig für die Stunde, mit über neunständiger Sommerarbeitszeit für die Stunde 5 Pfennig. Diese Kriegszulagen entsprechen in ihrer Höhe den bei der Verlängerung der Tarifverträge in anderen Gewerben, sowie den von staatlichen und städtischen Behörden durchgeführten gezahlten Teuerungszulagen. Eine Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Reichstarifvertrages für das Baugewerbe in bisher an dem hohen Forderungen der Bauarbeitergewerkschaften gescheitert. Da sich diese Gewerkschaften aber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt haben, erscheint eine Einigung noch nicht völlig ausgeschlossen.

Die Versammlung fand unter Ausschuß der Öffentlichkeit statt; nur der Beschluß wurde bekanntgegeben.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Am 11. März trifft in Berlin unter Führung des bekannten Leiters des deutsch-schweizerischen Fernstudienaustausches, Obersten Bohn, eine Abordnung schweizerischer Militärärzte ein, die auf Grund einer zwischen der deutschen und französischen Regierung ergielten Verständigung über die Unterbringung kranker Kriegsgefangener in der Schweiz die deutschen Gefangenenerlager bereisen wird, um festzustellen, welche französischen Gefangenen außer den bereits nach der Schweiz gesandten etwa noch für die Unterbringung derselben in Betracht kommen. Zur selben Zeit trifft in Lyon eine entsprechende Anzahl schweizerischer Ärzte ein, um die französischen Gefangenenerlager zu dem gleichen Zwecke zu bereisen.

Zum Frauentage im März.

Von Luise Zieg.

Unsere Genossinnen haben überall mit großer Freude den Beschluß des Parteivorstandes begrüßt, der besagt, daß in der gleichen Zeit wie in Österreich-Ungarn — vom 12. bis 20. März — auch in Deutschland überall Versammlungen stattfinden sollen, in denen die wichtigsten Fragen der Erwerbsarbeit und der Staatsbürgerrechte der Frauen erörtert und die große Bedeutung unserer Organisation und unserer Presse aufgezeigt werden sollen.

„Kriegsfrauentag“ nennen unsere österreichischen Genossinnen ihre Versammlungen und uns Deutschen gilt unsere Veranstaltung ebenfalls als sozialistischer Frauentag, dessen Bedeutung noch erhöht wird durch den ausdrücklichen Beschluß des Vorstandes: überall die Männer mit einzuladen.

Damit ist schon ausgedrückt und anerkannt, daß das Problem der Frauenerwerbsarbeit, besonders so wie es sich während des Krieges gestaltet hat, eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit nicht nur für die Frauen, sondern für die Gesamtpartei ist.

Dasselbe gilt von der Forderung der staatsbürgerlichen Frauenrechte, die von der Sozialdemokratie programmatisch festgelegt und grundsätzlich von ihr in den Parlamenten, den Versammlungen und der Presse stets vertreten worden ist. Eine Forderung, deren Bedeutung gegenwärtig größer als je zuvor ist.

Organisation und Presse aber sind die besten Mittel, wie zur Vertretung unserer Interessen überhaupt, so auch zur Durchsetzung der besonderen Frauenforderungen.

Und während des Krieges, der den größten Teil unserer besten Genossen zu den Waffen rief, ist es doppelt Pflicht der Parteimitglieder, insbesondere auch der Frauen, nicht nur das Gelingen unserer Organisation aufrecht zu erhalten, in sozialistischer Treue an dem Leben der Partei teilzunehmen und auf dieses noch Maßgabe unserer Kräfte einzuwirken, sondern außerdem auch unablässig die Zeit zu nutzen, um neue Anhänger unserer Weltanschauung, neue Mitlieder unserer Organisation zu werben, neue Abonnenten und Leser unserer Presse zuzuführen.

Dazu sollen ebenfalls unsere „Frauentags-Versammlungen“ dienen. Zur Unterstützung dieser Aktion werden Redaktion und Verlag der „Gleichheit“ die fällige Nummer 13 unserer Frauen-Zeitschrift als

„Frauentagszeitung“

ausgestaltet. Die besonders bestellten Agitations-Nummern werden wesentlich billiger zur Verfügung gestellt: mit 2 Bsp. pro Exemplar exkl. Porto, ganz gleich, ob 50, 100, 500 oder mehr Exemplare verlangt werden.

Sache unserer Organisationen (und in diesen besonders Aufgabe der Genossinnen) ist es, für sofortige Beilegung beim Verlag J. S. W. Dietz, Stuttgart, und für die weitestgehende Verbreitung unserer Frauenwahlrechts-Zeitung Sorge zu tragen; gleichzeitig aber auch eifrig dauernde Abonnenten der „Gleichheit“ zu werben.

Genossinnen, ist es während der Kriegszeit auch nicht möglich in der alten Weise unseren Frauentag zu begehen, werden sich vielleicht selbst der vom Vorstand beschlossenen Form unserer Aktion Schwierigkeiten entgegenstellen, so bin ich doch überzeugt, ihr werdet, gerade deswegen, um so mehr mit Hingabe, Eifer und starkem Willen für ein gutes Gelingen arbeiten.

Wird doch unsere Freude über die geplante Veranstaltung noch erhöht und unsere Laifkraft befeuert durch die Tatsache, daß mit uns in gleicher Weise die österreichischen Genossinnen, die in warmer Freundschaft uns verbunden sind, die Frauentags-Versammlungen veranstalten, und daß von der holländischen Bruderpartei, die ja nicht unter dem Kriegrecht steht, der März zu einer umfassenden Agitation für das Frauenwahlrecht ausgerufen ist.

Im Geiste aber werden die sozialistischen Frauen der ganzen Welt bei uns sein, mit denen uns der innige Wunsch verbindet, daß recht bald die Friedensarbeit uns wieder zusammen führen möge, zum gemeinsamen Ringen für Rechte und Freiheiten des Proletariats.

Beim Monatswechsel

wollen unsere Genossen und Freunde wiederum fleißig neue Abonnenten werben. Probe-Nummern auf Wunsch gratis.

